

Norddeutscher Rundfunk
Thomas Berbner
Carsten Löding
27. September 2022

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/400

Summary

Interne Aufarbeitung Landesfunkhaus Schleswig-Holstein

Durch die jüngsten Auseinandersetzungen im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein traten ungelöste Konflikte zutage, die den bekannt gewordenen und öffentlich erhobenen Vorwürfen zugrunde lagen. Sie haben ihre Ursachen nach unseren Recherchen im Wesentlichen im Führungsverhalten und in der redaktionellen Steuerung des Fernsehbereichs und müssten von der Leitung des Landesfunkhauses schnell bearbeitet werden. Auch der gesamte NDR sollte aus der jüngsten Krise lernen und sich für künftige Ereignisse dieser Größenordnung besser aufstellen.

1. Bei der Recherche zu Verschickungskindern und der Rolle des DRK wurden keine journalistischen Prinzipien verletzt. Es wurde nicht versucht, Material an das DRK weiterzugeben oder das DRK aus der Berichterstattung herauszuhalten. Bei der Recherche gab es aber Defizite in der redaktionellen Steuerung und bei der Kommunikation mit den Autoren.
2. Im Fall Grote schließen wir uns der Bewertung des Redaktionsausschusses an: Das angefragte Interview mit dem ehemaligen Innenminister Grote hätte man führen sollen. Die Aufarbeitung mit dem Redaktionsausschuss war belastet und führte deshalb nicht zu einem Einvernehmen in diesem Programm.
3. Belege für einen angeblichen „politischen Filter“ konnten wir nicht finden. Wir sehen einzelne tagesaktuelle Entscheidungen kritisch, aber für einen solch massiven Vorwurf müsste die Berichterstattung des Landesfunkhauses über einen längeren Zeitraum systematisch ausgewertet werden. Das war in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

4. Die Konfliktbearbeitung im Landesfunkhaus muss neu strukturiert und besser als bisher durch alle Hierarchieebenen beaufsichtigt werden.
5. Die redaktionelle Struktur im Fernsehbereich sollte reformiert und in Richtung einer Steuerung durch mehrere Beteiligte umgebaut werden.
6. Der NDR braucht ein verbessertes System der Krisenkommunikation und muss an der Schnittstelle Unternehmenskommunikation/Redaktionen neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln.
7. Der NDR braucht einen Kulturwandel im Führungsverständnis, weg von streng hierarchischen Prinzipien hin zu mehr Transparenz und gemeinschaftlicher Diskussion.

Norddeutscher Rundfunk

Thomas Berbner

Carsten Löding

26. September 2022

Interne Aufarbeitung

Landesfunkhaus Schleswig-Holstein

Vorbemerkung: Auftrag und Vorgehensweise

Gegen das Landesfunkhaus Schleswig-Holstein wurden in mehreren Presseveröffentlichungen schwere Vorwürfe erhoben. Der Business Insider berichtet am 27.8.2022 über einen angeblichen „politischen Filter“ und ein „Klima der Angst“ im Landesfunkhaus in Kiel und stützt seinen Bericht im wesentlichen auf eine interne Untersuchung des NDR-Redaktionsausschusses.

In dem geleakten internen Untersuchungsbericht wird ein Programmkonflikt aus dem Frühjahr 2020 um eine Interviewanfrage an den zurückgetretenen schleswig-holsteinischen Innenminister Hans-Joachim Grote aufgearbeitet. Der Bericht des Redaktionsausschusses enthält neben Bewertungen zu diesem Programmkonflikt auch anonymisierte Hinweise von Kolleginnen und Kollegen aus dem Landesfunkhaus Schleswig-Holstein, die dort ein „Klima der Angst“ beschreiben und einen „politischen Filter“ in der Redaktion sehen.

Diese Vorwürfe werden in dem Bericht des Redaktionsausschusses nicht näher konkretisiert, der Redaktionsausschuss hat sie nach eigenen Angaben mit aufgenommen, um der besonderen Dringlichkeit einer Aufarbeitung der Situation Nachdruck zu verleihen. Der Bericht enthält die Bewertung, dass sich der Redaktionsausschuss den Vorwurf des politischen Filters nicht zu eigen mache, beschreibt aber auch die unterschiedlichen Auffassungen zu dem Programmkonflikt zwischen Redaktionsausschuss und der betroffenen Redaktionsleitung in Kiel. Auch der komplette Untersuchungsbericht wird Ende August geleakt und vom früheren Abgeordneten der Linken Fabio de Masi auf Twitter verbreitet.

Am 31.8.2022 berichtet der Stern über eine angebliche problematische Einflussnahme des Chefredakteurs des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein Norberts Lorentzen und der Politikchefin Julia Stein auf eine geplante Berichterstattung des NDR über Verschickungskinder und die Rolle des Deutschen Roten Kreuzes als Betreiber eines der Heime in der Nachkriegszeit. In diesem Zusammenhang wird auch aus einer internen E-Mail von Julia Stein zitiert, die offenbar an den Stern weitergegeben wurde. Über die Stern-Veröffentlichung wird auch in Programmen des NDR im Rahmen der Wiedergabe einer Verdachtsberichterstattung berichtet, z.B. auch im Schleswig-Holstein-Magazin. Lorentzen und Stein bitten am gleichen Tag um vorläufige Entbindung von ihren Aufgaben, Landesfunkhausdirektor Volker Thormählen nimmt am Tag danach unbezahlten Urlaub, um eine Aufklärung der Vorwürfe nicht durch seine Anwesenheit im Landesfunkhaus zu belasten.

Nach seiner Teilnahme auf einer Mitarbeiterversammlung in Kiel am 1.9.2022 informiert Intendant Joachim Knuth am 3.9.2022 die Kolleginnen und

Kollegen im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein und später auch alle Mitarbeiter im NDR über eine interne Aufarbeitung der Vorwürfe.

In dem Schreiben wird der Auftrag an uns, Thomas Berbner und Carsten Löding, beschrieben: rückwirkende Aufklärung der Vorgänge, Rekonstruktion der redaktionellen Abläufe, Dialog und Kommunikation. Es soll auch herausgefunden werden, was in Kiel benötigt wird, um Vertrauen wiederherzustellen. Die Steuerung des Prozesses liegt bei der stellvertretenden Intendantin Andrea Lütke, die Untersuchung ist unabhängig. Es gibt keinerlei Austausch mit Kollegen, die für eigene Berichterstattung recherchieren, mit der amtierenden Leitung des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein oder mit dem Landesrundfunkrat Schleswig-Holstein.

Am 6.9.2022 beginnen wir mit vertraulichen Gesprächen im Landesfunkhaus in Kiel, deren Inhalt die Grundlage für den hier vorliegenden Bericht bildet. Die Gesprächsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen ist vom ersten Tag an groß, die Gespräche sind häufig lang und intensiv. Insgesamt wurden bis zur Erstellung dieses Berichts 66 ausführliche Gespräche, telefonische Befragungen und Videoschalten mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Landesfunkhaus Schleswig-Holstein durchgeführt. Dabei wurde Vertraulichkeit zugesichert und darauf hingewiesen, dass die Antworten in einen Abschlussbericht einfließen werden. Außerdem erreichten uns sechs schriftliche Berichte.

Im Laufe der ersten Woche konkretisieren wir unsere wichtigsten Rechercheziele wie folgt:

1. Die DRK-Recherche: Wurden elementare journalistische Prinzipien verletzt?

2. Die Causa Grote: Warum wurde das Interview nicht geführt?

3. Gibt es einen „politischen Filter“ im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein?

4. Der Konflikt um das frühere Mitglied des Recherchepools Patrik Baab und seine Folgen

5. Gibt es ein „Klima der Angst“ im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein?

6. Analyse der Probleme und Blick nach vorne: welche redaktionellen Reformen sind nötig?

1. Die DRK Recherche - wurden elementare journalistische Prinzipien verletzt?

In der Berichterstattung vom 31.8.2022 wirft der Stern dem NDR vor, Julia Stein und Norbert Lorentzen hätten im Herbst 2020 das DRK als Betreiber von Heimen für Verschickungskinder schützen wollen und deshalb in eine Recherche eingegriffen. Das sei unter anderem auch geschehen, weil es eine private Beziehung zwischen der Vorsitzenden des DRK Schleswig-Holstein Annette Langner und der damaligen Vorsitzenden des Rundfunkrates Schleswig-Holstein Frau Jutta Schümann gab.

Zu diesem Themenkomplex haben wir uns intensiv mit den drei Autoren ausgetauscht, ebenso mit der Politikchefin des Landesfunkhauses Julia Stein und dem heutigen Chefredakteur und damaligen Fernsehchef Norbert Lorentzen, Wir haben den umfangreichen Schriftverkehr zu der Produktion ausgewertet. Auch ein Vorschnitt zu der Fernsehproduktion wurde durch uns geprüft.

Daraus ergab sich für uns folgendes Bild:

Nach einer früheren Berichterstattung über Verschickungskinder in Schleswig-Holstein soll es im Auftrag der Fernsehplanung eine Folgeberichterstattung geben. Ein Protagonist, Herr Rolf P., schildert im Interview eindrücklich seine Erlebnisse in einem DRK Kinderheim auf Amrum in der Nachkriegszeit und erhebt schwere Vorwürfe gegen das DRK. Das DRK habe sich laut Herrn P. nicht offen gezeigt für seinen Wunsch nach einer Entschuldigung. P. schildert gegenüber den Autoren eine Begegnung mit dem

damaligen Vize-Chef des DRK Schleswig-Holstein. Dieser habe ihm sinngemäß geraten, seine Unterlagen zu vernichten und einen Schlusstrich zu ziehen.

In der Folgezeit versuchen die Autoren, den Sachverhalt durch Telefongespräche mit der DRK Pressestelle und einer ganzen Reihe schriftlicher Anfragen zu klären. Sie konfrontieren das DRK wiederholt in den Anfragen mit der angeblichen Weigerung, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und fragen auch nach dem Gespräch, das Herr P. mit dem stellvertretenden DRK Präsidenten geführt hat. Das DRK will kein Interview geben, erst nach einigem Drängen gibt das DRK eine eher knapp und allgemein gehaltene schriftliche Stellungnahme ab.

Die Recherche wird von Anfang an von der Leiterin des Ressorts Politik und Recherche Julia Stein begleitet, mit der die Treatments und Fragenkataloge an das DRK eng abgestimmt werden. Julia Stein sieht nach dem Eingang der - wenn auch knappen - Antwort des DRK genug Material für eine Berichterstattung; Interviews mit Historikern und einer Aktivistin sollen das Bild abrunden. Die Berichterstattung wird für den 8.10.2020 geplant, eine Woche, in der Julia Stein im Urlaub ist. Die Abnahme soll durch den Fernsehchef Norbert Lorentzen oder die Fernseh-CVDs durchgeführt werden.

In der geplanten Sendewoche greift Fernsehchef Norbert Lorentzen bei der Treatmentbesprechung am 6.10.2020 ein, weil ihm nach eigener Aussage die Recherchegrundlage für den Vorwurfsgehalt an das DRK nicht ausreicht, er fordert eine erneute Befragung des DRK. In der Besprechung erwähnt Norbert Lorentzen auch die private Verbindung der DRK-Vorsitzenden Langner mit der damaligen Vorsitzenden des Landesrundfunkrats Schümann. Die Autoren

werten das so, dass hier das DRK eine Vorzugsbehandlung erhalten solle, weil es nun erneut Gelegenheit für eine Stellungnahme bekommt. Uns gegenüber unterstreicht Norbert Lorentzen, es sei nie darum gegangen, das DRK zu schützen oder aus der Berichterstattung herauszuhalten. Er habe vielmehr sicherstellen wollen, dass das DRK wisse, worum es in dem geplanten Beitrag gehe. Wörtlich sagte uns Herr Lorentzen dazu:

„Ich habe den Autoren gesagt, dass ich das zu dünn fand, dass es nicht reicht. Wenn wir uns mit dem DRK anlegen wollen, müssen wir wissen, was wir tun. Sich nur auf die Auskunft der Pressestelle zu verlassen, war mir bei der Tragweite der Geschichte zu wenig.

Und weiter:

„Ich habe sicher in dem Gespräch darauf hingewiesen, dass Frau Langner liiert ist mit Frau Schümann. Das diene der Transparenz. Ich habe das aber nicht mit der Intention getan, dass wir nicht berichten sollten. Ich finde nur, man muss die Gefechtslage kennen.

Stefan Böhnke war als Abwesenheitsvertreter von Julia Stein bei der Treatmentabnahme dabei. Böhnke fand die Erwähnung der privaten Beziehung von Frau Schümann mit Frau Langner an dieser Stelle sehr ungewöhnlich, hatte aber nicht den Eindruck, Lorentzen habe das DRK aus der Berichterstattung entfernen wollen. Auf die Frage, ob Norbert Lorentzen nach seiner Auffassung das DRK schützen oder die Berichterstattung absichern wollte, sagte uns Böhnke:

„Ich hatte nicht den Eindruck, dass er die Berichterstattung verhindern wollte, er wollte es absichern, weil ja bekannt war, wie schnell die sich beschwerten. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Herr Lorentzen den Beitrag verhindern wollte, ganz bestimmt nicht.

Die Erwähnung der privaten Beziehung in diesem Zusammenhang halten auch wir für problematisch, weil sie als Indiz für eine bevorzugte Behandlung des DRK gewertet werden kann.

Die Problematisierung der Recherchegrundlage durch Norbert Lorentzen halten wir aber für nachvollziehbar und angemessen. Die Recherche zu der angeblichen Verweigerungshaltung des DRK fußte zu diesem Zeitpunkt allein auf der Schilderung des Betroffenen, umso wichtiger waren detaillierte Antworten des DRK. Dass sich Herr Lorentzen als damaliger Programmbereichsleiter dann persönlich um den neuen Fragenkatalog an das DRK gekümmert hat und auch einen vorbereitenden Anruf tätigt, ist vielleicht ungewöhnlich, aber er wollte nach unserem Dafürhalten mit dem Gewicht des Fernsehchefs jetzt ausführlichere Antworten des DRK beibringen, was ja dann in dieser Woche auch noch gelang. Der später erhobene Vorwurf, er habe das DRK schützen oder gar ganz aus der Berichterstattung tilgen wollen, passt nach unserer Einschätzung nicht zu der Tatsache, dass sich Herr Lorentzen umgehend um ausführlichere Antworten bemüht hat. Er wolle damit nach unserer Auffassung nicht das DRK schützen, sondern die Recherchegrundlage verbessern und so die Berichterstattung absichern.

Norbert Lorentzen schreibt am 7.10.2020 einen neuen Fragenkatalog an das DRK und stimmt ihn mit einem der drei Autoren, ab. Die Autoren sind zu

diesem Zeitpunkt bereits im Schnitt, weil sie noch immer hoffen, dass das DRK schnell antwortet und der geplante Sendetermin am 8.10.2020 zu halten ist. Lorentzen ruft Frau Langner vom DRK an und überzeugt die DRK-Präsidentin von der Notwendigkeit, sich ausführlicher als bisher auf die Detailfragen des NDR einzulassen. Er schickt den neuen Fragenkatalog mit einer Fristsetzung bis Ende der Woche.

Erst zu einem späteren Zeitpunkt problematisiert Lorentzen auch den Umstand, dass die Autoren noch nicht den DRK-Vize persönlich mit dem Vorwurf von Herrn P. konfrontiert hatten.

Weil die Antworten nicht mehr rechtzeitig eintreffen, wird der Beitrag aus der Planung für den 8.10.2020 genommen, auch die geplante Begleitberichterstattung abgesagt. Am Freitag, den 9.10.2020 antwortet das DRK an Norbert Lorentzen mit ausführlichen Antworten, Lorentzen leitet die Mail mit den Antworten an Julia Stein weiter. Die Antworten enthalten auch Details, die nicht zur bisherigen Recherchelage der Autoren passen. Es bleibt zunächst unklar, ob das DRK sich geirrt hat oder der Protagonist Rolf P.

Nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub am 12.10.2020 versucht Julia Stein auf Grund der veränderten Recherchelage, die Autoren von einer veränderten Anlage der Berichterstattung zu überzeugen. Rolf P. sollte nun begleitet werden bei einer erneuten Einreichung der Unterlagen beim DRK. In diesem Zusammenhang entsteht am 19.10.2020 auch die Mail von Julia Stein an die Autoren, die später an den Stern geleakt wurde.

Diese Mail von Julia Stein wird vom Stern einseitig ausgelegt. Der Gesamtzusammenhang der Recherche zeigt für uns eindeutig, dass es nicht wie im Stern behauptet darum ging, den Recherchestand der Autoren an das DRK weiterzureichen. Vielmehr sollte Herr P. bei der Einreichung der eigenen Unterlagen an das DRK mit einer Kamera „flankiert“ werden. Die Forderung nach einem „Perspektivwechsel“ ist missverständlich formuliert, gemeint ist wahrscheinlich, dass statt einer harten Konfrontationshaltung jetzt ein Beitrag entstehen soll, der weniger konfrontativ ist, in dem das DRK aber weiterhin vorkommt und auch die schwierige Aufarbeitung solcher Fälle thematisiert wird. Das halten wir bei dieser veränderten Recherchelage für einen nachvollziehbaren Schritt. Die Autoren waren aber damit nicht einverstanden, kamen zu der Auffassung, dass das DRK in dem neuen Berichtsansatz geschont werden sollte. Aus diesem Kommunikationsproblem zwischen Redaktion und Autoren entstand nach unserer Einschätzung der Konflikt, der dann zum Scheitern des Projekts führte.

Wir hatten in der Angelegenheit auch Kontakt mit der Anwältin von Frau Schümann. Frau Schümann betont, dass sie zu keinem Zeitpunkt Austausch mit dem NDR zum Thema DRK-Kinderheime hatte. Zitat aus einem anwaltlichen Schreiben an den NDR vom 12.9.2022: „Frau Schümann hat zu keiner Zeit mit Redaktionsmitgliedern oder anderen NDR-Mitarbeitenden über das Thema DRK-Kinderheime gesprochen, insbesondere nicht über eventuell geplante Berichterstattung. Das gilt sowohl für ihre Begegnungen mit NDR-Mitarbeitenden während oder im Umfeld der Gremiensitzungen als auch außerhalb offizieller Termine ihrer Amtszeit. Frau Schümann ist bereit, darüber eine eidesstattliche Erklärung abzugeben.“

Was ist nach unserer Meinung bei der DRK-Recherche der Kern des Problems? Die redaktionelle Betreuung in der ersten Phase der Recherche durch Julia Stein war sehr intensiv, Frau Stein sah kein Problem in der Belastbarkeit der Recherche, gerade was den Vorwurfsgehalt gegenüber dem DRK betrifft und hat das den Autoren vor dem Antritt ihres Urlaubs auch deutlich kommuniziert. Deshalb traf die Autoren der redaktionelle Eingriff von Norbert Lorentzen in der Sendewoche völlig unvorbereitet, der zu einer anderen, für uns wie bereits dargelegt nachvollziehbaren Einschätzung zur mangelnden Belastbarkeit der Recherche kam.

Der Hinweis von Norbert Lorentzen auf die private Verbindung zwischen Frau Langner und Frau Schümann bei der Treatmentabnahme hat bei den Autoren den Eindruck einer Vorzugsbehandlung durch den NDR hervorgerufen. Wir halten den Hinweis an der Stelle und in diesem Zusammenhang auch für wie bereits erwähnt problematisch. Hier hätten die Autoren eine bessere Erklärung gebraucht, warum das DRK jetzt erneut angefragt werden musste. Das ist zumindest nach der Schilderung der Autoren nicht passiert, Herr Lorentzen schildert diese Situation wie oben ausgeführt anders.

Die Versuche von Julia Stein, nach der Rückkehr aus dem Urlaub die Recherche an die veränderte Faktenlage (Hinweise auf weitere eventuelle weitere Kontakte von Herrn P. mit dem DRK) anzupassen, scheiterten nach unserem Dafürhalten auch an der Art der Kommunikation. Es wurden in dem ganzen Rechercheverlauf eine Vielzahl von Treatments, E-Mails und Fragenkatalogen geschrieben, die Steuerung der Recherche geschah häufig durch Mails. Julia Stein erklärte das uns gegenüber auch mit dem Umstand, dass sie gleichzeitig drei Autoren erreichen musste, was durchaus nachvollziehbar ist. Bei einer so schwierigen Lage mit einem grundsätzlichen

Dissens zwischen Autoren und Redaktion halten wir das dennoch für einen problematischen Ansatz, besonders wenn dann eine Mail an einer entscheidenden Wegmarke der Recherche unklar formuliert ist. Eine knappere und klarere mündliche Kommunikation ist nach unserer Erfahrung in Konfliktsituationen gerade bei schwierigen Recherchen zielführender.

Das Projekt wurde bis in den November 2020 von den Autoren weiterverfolgt, mit weiteren Recherchen und Treatments. Die Autoren gingen Widersprüchen in den verschiedenen Antworten des DRK nach. Herr P., der dem NDR bereits ein Interview gegeben hatte, war auf Anfrage der Autoren nicht mehr bereit, seine Unterlagen noch einmal beim DRK einzureichen.

Belege für das behauptete „Abziehen der Autoren“ von dem Projekt konnten wir keine finden. Das Projekt wurde offenbar einfach nicht mehr weitergeführt. Es ist sehr bedauerlich, dass es auch Monate nach dem Entstehen des Konflikts nicht gelang, den Dissens zwischen Autoren und Redaktion zu überbrücken. Das bereits vorliegende Material hätte man nach unserer Einschätzung leicht zu einem Film verarbeiten können, wenn auch eher zu einem erklärenden Stück über ein wichtiges Kapitel der Nachkriegsgeschichte.

Bezüglich der Eingangsfrage, ob bei der Recherche und redaktionellen Betreuung elementare journalistische Prinzipien verletzt wurden, kommen wir zu dem Ergebnis, dass das nicht der Fall war. Es war nicht beabsichtigt, Recherchematerial an das DRK weiterzugeben oder gar das DRK aus der Berichterstattung herauszuhalten. Allerdings gab es deutliche Defizite bei der redaktionellen Steuerung der Recherche: unterschiedliche Bewertungen zur

Belastbarkeit der Recherche zwischen den beiden Redakteuren Stein und Lorentzen, nicht ausreichende Kommunikation mit den Autoren.

2. Die Causa Grote: Warum wurde das Interview nicht geführt?

Über den durch den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther erzwungenen Rücktritt des CDU-Innenministers Hans-Joachim Grote am 28.4.2020 wurde in den Programmen des Landesfunkhauses ausführlich berichtet. Über seine Sicht der Dinge gab Herr Grote zunächst nur schriftliche Erklärungen ab. Kollegen aus der Redaktion „Politik und Recherche“ wollten die Hintergründe des Rücktritts ausleuchten, darüber kam es zu einem Konflikt innerhalb der Redaktion. Es gab unterschiedliche Auffassungen, wie nach der ersten Welle der Berichterstattung weiter verfahren werden sollte. Mit dem Kontakt zu Herrn Grote war der zu diesem Zeitpunkt befristet angestellte Kollege Carsten Janz durch die Redaktion beauftragt worden. In den Folgetagen versuchte Carsten Janz Herrn Grote von einem Interview vor der Kamera zu überzeugen, er sah Ansatzpunkte für eine größere Geschichte mit Ungereimtheiten in den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die mittelbar den Bruch zwischen Günther und Grote herbeigeführt hatten. In der Redaktion gab es keinen Konsens, ob eine Ausleuchtung des Hintergrunds des Rücktritts zu diesem Zeitpunkt noch Sinn machte.

Am 7.5.2020 entschied die Leiterin Julia Stein, dass für die weitere Recherche zum Bericht der Staatsanwaltschaft jetzt erst einmal kein Interview mit Herrn Grote notwendig sei. Vielmehr solle der Fokus jetzt auf die Ungereimtheiten im Bericht der Staatsanwaltschaft gelenkt werden. Julia Stein sagte uns dazu: „Wir haben abgewogen, ich habe dann gesagt, jetzt

haben wir viel berichtet, wir müssen viel stärker in die Analyse des Berichts gehen, über Grote haben wir jetzt erst mal genug berichtet, ich erinnere die Konferenz genau weil es sehr schwer war, die Redaktion zusammenzuhalten. Ich habe dann entschieden, dass wir jetzt erst mal kein Interview machen. Ich wollte eher den Bestra-Bericht analysieren, war da wirklich manipuliert worden? Ich fand dann den Befund, ob Grote jetzt noch einmal sagt, dass er das anders sieht als Günther nicht mehr so interessant.“

Carsten Janz sieht das im Gespräch mit uns anders. Es sei ihm nie nur um ein Interview gegangen, sondern um einer breiter angelegtes Themenangebot. Diese Recherche sei von Julia Stein und am Ende von Norbert Lorentzen gestoppt worden.

Es gelang Herrn Janz am 8.5.2022 eine Zusage von Herrn Grote für ein Kamerainterview zu bekommen. Ein erneuter Vorstoß für eine Genehmigung des Interviews scheiterte dann aber an Fernsehchef Norbert Lorentzen. *(Transparenzhinweis: In einer früheren Fassung stand hier ein Zitat, das bedauerlicherweise nicht autorisiert war. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.)*

Carsten Janz trug diesen Konflikt in den Redaktionsausschuss des NDR, der nach Prüfung und Anhörung der unmittelbar Beteiligten zu dem Schluss kam, das Interview sei auch ein Mittel der Recherche, das Interview hätte geführt werden müssen. Norbert Lorentzen und Julia Stein widersprachen in dem Verfahren, sie blieben bei ihrem Standpunkt, dass die redaktionelle Entscheidung, das Interview nicht zu führen, in der aktuellen Lage im Mai 2020 richtig war.

Dieser Vorgang wird jetzt in der Berichterstattung als Versuch einer politisch motivierten Einflussnahme gewertet, als Beispiel für den an anderer Stelle bereits erwähnten behaupteten „politischen Filter“. Dem schloss sich der Redaktionsausschuss ausdrücklich nicht an, sah aber auch den Verdacht durch die Aufarbeitung nicht als vollständig ausgeräumt an.

Bei nochmaliger Prüfung des gesamten Vorgangs und nach Gesprächen mit allen Beteiligten kommen auch wir zu dem Schluss, dass die Absage des Interviews keinen Beleg für eine politisch motivierte Einflussnahme darstellt. Es war vielmehr eine für uns nur schwer nachvollziehbare Entscheidung in der journalistischen Einschätzung der Relevanz eines Themas. Unter aktuellen Gesichtspunkten war mit dem Rücktritt und der Berichterstattung über die persönlichen Erklärungen von Hans-Joachim Grote der Fall sicher umfassend berichtet. Aber für eine Recherche zu Hintergründen und auch zu einer vielleicht größeren politischen Affäre hinter dem Rücktritt gab es zu diesem Zeitpunkt nach unserer Einschätzung durchaus vielversprechende Ansatzpunkte und auch einen klar erkennbaren Anlass. Deshalb können wir die Entscheidung gegen das Interview nicht nachvollziehen, es hätte weitere Erkenntnisse liefern können und den Vorwurfsgehalt durch den Hauptbetroffenen absichern können. Fehler in der Einschätzung können im tagesaktuellen Geschäft passieren, wir halten allerdings nach der nochmaligen Prüfung die offenbar schwer belastete Atmosphäre während des anschließenden Aufarbeitungsprozesses durch den Redaktionsausschuss für einen der wesentlichen Gründe, warum der Programmkonflikt nicht durch eine einvernehmliche Lösung beigelegt werden konnte.

Julia Stein sagte im Gespräch mit uns, es sei ein Fehler gewesen, wie die Kommunikation mit dem Redaktionsausschuss gelaufen sei. Sie habe Norbert Lorentzen bei diesem Konflikt vertraut. Bei einer Videoschalte mit dem Redaktionsausschuss habe Lorentzen die Dinge in die Hand genommen, sie habe aber auch nicht widersprochen. Wörtlich sagte Stein uns: „Ich saß daneben und habe mich gefühlt wie in einem Panoptikum, habe gedacht, warum reden wir jetzt nicht miteinander?“

Norbert Lorentzen hat uns gegenüber in diesem Zusammenhang erklärt:

„Ich nehme die Kritik an unserer Entscheidung, das Interview nicht zu führen, sehr ernst. Julia und ich haben aus der tagespolitischen Lage so entschieden, wir haben dafür unsere Beweggründe genannt. Das kann man im Nachhinein sicherlich auch anders bewerten, und man hätte es auch anders entscheiden können. Aber uns da politische Einflussnahme zu unterstellen, fand ich total daneben. In aktuellen politischen Redaktionen werden häufiger Interviews abgesagt. Wenn Absagen von Interviews politische Einflussnahme sind, können politische Redaktionen nicht mehr arbeiten.

(Transparenzhinweis: Dieses Zitat ist gegenüber einer früheren Fassung leicht verändert. Ein Korrekturwunsch von Norbert Lorenzen war zuvor nicht berücksichtigt worden. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.)

Es wäre besser gewesen, wenn Norbert Lorentzen zu dieser Einschätzung auch schon während des laufenden Aufarbeitungsprozesses mit dem Redaktionsausschuss gekommen wäre, bzw. wenn es ihm, Frau Stein und dem Redaktionsausschuss gemeinsam gelungen wäre, in einer besseren Atmosphäre die Verhärtung der Standpunkte zu überwinden.

Dass es während der Aufarbeitung nicht möglich war, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, hat dem NDR in der Folge durch den anschließenden Bruch der Vertraulichkeit durch die Weitergabe des Berichts nach draußen schweren Schaden zugefügt. Alle Beteiligten müssen sich daher jetzt selbstkritisch mit der Frage auseinandersetzen, welchen Teil der Verantwortung sie an diesem Dilemma tragen. Wir empfehlen zudem, Berichte über schwere Programmkonflikte künftig in einem festen Verfahren im NDR zu bearbeiten, um sicher zu stellen, ob der Konflikt durch diesen Bericht tatsächlich beigelegt wurde oder ob weitere Gefahren einer Eskalation drohen. Im vorliegenden Fall hätte man durch die aufmerksame Lektüre des Berichts nach unserer Einschätzung erkennen müssen, dass der Konflikt nicht wirklich beigelegt war und weitere Risiken drohten.

Eines der Probleme bei der Aufarbeitung war unseres Erachtens die Belastung der Atmosphäre zwischen Redaktionsausschuss und Redaktionsleitung in Kiel durch die zusätzlich beigefügten anonymisierten Zitate. Der Vorwurf des „politischen Filters“ ohne konkrete Erklärung hat die Fronten erkennbar verhärtet, wir halten die zusätzliche Aufnahme der anonymisierten Zitate zu einer ansonsten sehr sorgfältigen Sachverhaltsaufklärung zur Causa Grote für problematisch. Es gab nach eigenen Angaben keine Gegenrecherche des Redaktionsausschusses in Kiel in der Politikredaktion, um den Vorwurf des „politischen Filters“ zu erhärten, zu widerlegen oder besser einzuordnen. Stattdessen haben die Kolleginnen und Kollegen des Ressorts „Politik und Recherche“ erst nach der Übersendung des fertigen Untersuchungsberichts nach Kiel von dem erheblichen Vorwurf erfahren, als sie von Norbert Lorentzen und Julia Stein mündlich darüber informiert wurden. Den kompletten Bericht durften sie

auch zu diesem Zeitpunkt nicht einsehen, weil der Bericht vertraulich war und nur an die unmittelbar Betroffenen und die Geschäftsleitung verschickt wurde. Im Untersuchungsbericht wird wegen der notwendigen Anonymisierung auch nicht klar, aus welchem Bereich die Kolleginnen und Kollegen kamen, die die Vorwürfe erhoben hatten. Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Ressort „Politik und Recherche“ sahen ihren Bereich damit gemeint und falsch dargestellt. Daraus erfolgte eine Reaktion der Kollegen in Form eines Briefs an den Redaktionsausschuss mit Kopie an die Geschäftsleitung, ein daraufhin erfolgter Gesprächswunsch des Redaktionsausschusses an die Unterzeichner wurde wegen der zu diesem Zeitpunkt bereits eingetretenen Verstimmung dann abgelehnt. Diese Eskalation hätte man besser vermieden, sie trug mit zu den Spannungen innerhalb des Landesfunkhauses bei, die wir vom ersten Tag unserer Untersuchung an immer wieder registrieren mussten.

Wir empfehlen, vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen bei der Aufarbeitung von Programmkonflikten durch den Redaktionsausschuss künftig den Fokus noch stärker als bisher auf konkrete Sachverhalte zu legen und persönlich Einschätzungen zu Missständen eher nur als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen und Recherchen zu verwenden.

3. Gibt es einen „politischen Filter“ im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein?

Der Begriff geht auf eine oder mehrere anonymisierte Äußerungen gegenüber dem Redaktionsausschuss zurück. Er bedarf einer etwa genaueren Definition. Wir haben als Arbeitsgrundlage die Präzisierung verwendet, ob es journalistisch nicht begründete politisch motivierte Entscheidungen bei der

Berichterstattung des Landesfunkhauses gab. In dem Sinne, dass man bei der Auswahl und Gewichtung von Themen politisch entschieden hat, statt nach journalistischen Kriterien vorzugehen.

Wir konnten in der für diese Untersuchung zur Verfügung stehenden Zeit keine systematische Auswertung der Berichterstattung der letzten Jahre vornehmen. Das müsste bei Bedarf nachgeholt werden, auch wenn eine rein quantitative Auswertung nach Häufigkeit von O-Tönen, Themen einer bestimmten Partei und ähnlicher Kriterien uns methodisch auch sehr schwierig erscheint. Wir konnten unsere Recherche jetzt nur auf die Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen stützen und sind einzelnen der genannten Beispielen nachgegangen, ohne dass wir dabei die Recherchetiefe erlangen konnten, die wir z.B. im Fall Grote oder DRK erreichten. Deshalb sind wir sehr zurückhaltend mit Bewertungen in dieser Frage.

Belege für einen „politischen Filter“ konnten wir im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein nicht finden. Einige Kolleginnen und Kollegen drückten Verwunderung über die Zurückhaltung bei bestimmten Themen aus, es gab auch Beispiele für Beiträge, die nach einer ersten Berichterstattung keine weitere Behandlung erfuhren. Es gibt aber bei einer landespolitischen Redaktion immer wieder auch Defizite und Entscheidungen, die im Nachhinein in Frage gestellt werden können. Daraus auf eine politisch motivierte Motivation zu schließen, halten wir auf der uns zur Verfügung stehenden Datengrundlage nicht für möglich. Die allermeisten Kolleginnen und Kollegen reagierten in den Gesprächen mit uns auf den Begriff ungläubig und verwundert, ein langjähriger Kollege, der mit den Abläufen im Haus bestens vertraut ist, sagte uns wörtlich „Ich wüsste nicht, mit wem ich diesen Begriff hier im Haus in Verbindung bringen sollte.“

Ein Beispiel konnten wir vergleichsweise gut untersuchen und mit Beteiligten darüber sprechen. Wir führen den Fall hier nicht als Beleg für die Existenz eines „politischen Filters“ an, sondern nur zur Illustrierung, dass eine tagesaktuelle Entscheidung falsch sein kann, aber nicht zwingend einen Rückschluss auf politische Motivation zulässt.

Der Fall handelt von einer Trunkenheitsfahrt des einflussreichen CDU-Politikers Hans-Jörn Arp. Der Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, zugleich verkehrspolitischer Sprecher. Am 7.3.2019 fährt Arp betrunken Auto, touchiert auf einem Hotelparkplatz geparkte Fahrzeuge, setzt sich zum Weitertrinken an die Bar und bittet den Barkeeper, die Polizei zu verständigen.

Am nächsten Morgen trifft Arp im Landeshaus auf eine NDR-Reporterin, sie erinnert sich uns gegenüber, er sei da immer noch „hackenstramm“ gewesen. Der Kollegin gegenüber gibt er sich zerknirscht, er habe „Mist gebaut“, weil er betrunken Auto gefahren sei und sei jetzt auf dem Weg zu seiner Partei, weil er sicher als verkehrspolitischer Sprecher zurücktreten müsse. Arp sagte der Kollegin weiter, er verstehe natürlich, dass der NDR darüber berichten müsse. Sie bereitet eine Hörfunkmeldung vor und informiert telefonisch ihren Vorgesetzten im Landesfunkhaus.

Zu einer Berichterstattung kommt es aber nicht. In der Morgenrunde wird so entschieden, weil es keine Personenschäden gab und auch keine Fahrerflucht vorlag. Nach Erinnerungen von Teilnehmern wurde die Alkoholfahrt eher als privates Problem eingeordnet. Politische Konsequenzen in der Fraktion

blieben an dem Tag aus, was auch zu der Entscheidung gegen eine Berichterstattung mit beitrug.

Im Fall Arp hätten wir bei der Lage des Themas zumindest eine Wortmeldung für sinnvoll gehalten, zumal unsere eigene Reporterin so frühe und eindeutige Informationen hatte. Als Presseanfragen zu dem Fall eingingen, hat der NDR auch ein Versäumnis durch die nicht erfolgte Berichterstattung eingeräumt.

Kritisch sehen wir, dass Entscheidungen über politische Themen offenbar häufig nur in einem engen Kreis getroffen wurden. Ob Themen aufgegriffen wurden oder nicht, entschied sich in der Regel in Vorkonferenzen in kleinem Kreis, die insbesondere vom Programmbereichsleiter Fernsehen und der Leiterin der Politikredaktion dominiert wurden.

Abnahmen von Beiträgen aus der Redaktion Politik und Investigation wurden meistens von der Leiterin der Politikredaktion Julia Stein vorgenommen, Senderedakteure (CvD) fühlten sich dadurch häufiger übergangen und in ihrer Kritik an der Ausgestaltung des Beitrags nicht ernst genommen. Diese Situationen erzeugten Misstrauen in Teilen der Redaktion.

Im Zusammenhang mit angeblicher politischer Einflussnahme oder einem „politischen Filter“ wurde in der Berichterstattung auch immer wieder der Vorwurf erhoben, die Kieler Kollegen hätten eine zu große Nähe zu den Landespolitikern und Sprechern der Landesregierung.

Dort scheint es zumindest bei einigen Sprechern ein problematisches Verständnis zu geben, auch niedrigschwellige Kritik könne direkt an den NDR weitergegeben werden. So wurden uns einige Fälle berichtet, in denen sich Pressesprecher bei Redaktionsverantwortlichen über Berichterstattung beschwert haben und diese Kritik offenbar auch direkt an die Autoren weitergereicht wurde. In einem Fall wurde die Kritik eines Sprechers offenbar in anklagendem Tonfall direkt weitergegeben. Der Sprecher hatte sich beschwert, dass bei einem Bericht über ein lokales Ereignis der anwesende Minister nicht gezeigt worden sei. Der Fokus des Berichts lag aber auf der Begleitung eines Protagonisten. Die Zahl dieser von uns gefundenen Fälle läßt keine abschließende Bewertung zu. Wir empfehlen, klare Kriterien zu entwickeln, wie mit solchen Beschwerden seitens der Redaktion umgegangen wird. Eine direkte Weitergabe halten wir für unangemessen, eine Redaktion muss die Autoren schützen und sollte solche Beschwerden nur im Ausnahmefall an die Autoren weitergeben. In diesen Fällen bedarf es gegebenenfalls einer klareren Zurückweisung durch den NDR.

Die Kritik an einer zu großen Nähe zur Politik machte sich in den letzten Wochen auch an der Arbeit des Kollegen Stefan Böhnke fest. Böhnke ist langjähriger Landespolitik-Korrespondent des NDR im Landeshaus und seit jungen Jahren CDU-Mitglied, was im NDR seit Anfang an bekannt war. Böhnke betonte uns gegenüber, dass er seit 27 Jahren keine Ämter in der Partei ausübe und dass ihn seine Mitgliedschaft auch nicht bei seiner journalistischen Arbeit beeinflusse. Böhnke ist nah dran an den Landespolitikern, im Landeshaus seien viele Journalisten und Politiker per Du, auch er duze nahezu alle Politiker. Böhnke betont, das sei in Kiel üblich, aber daraus entstehe nach seiner Meinung keine problematische Nähe. Er lasse sich gerne an seiner Berichterstattung messen, und da würde er sich

nach allen Seiten kritisch verhalten. Wörtlich sagte uns Stefan Böhnke zum Vorwurf des angeblichen politischen Filters:

„Ich kann mit diesem Begriff „politischer Filter“ nichts anfangen, wir sind ein bunt zusammengewürfelter Haufen. Wir müssen ja mit unserer Berichterstattung auch gegen die Zeitungskollegen hier in Kiel bestehen, da gäbe es bei Schieflagen sofort Rückmeldungen. Ein politischer Filter würde nicht lange funktionieren, sobald es ihn geben würde.

Böhnke wurde in den letzten Wochen mit zahlreichen zum Teil persönlichen Vorwürfen konfrontiert, was ihn sehr belastete. Einer der Vorwürfe ist uns auch im Landesfunkhaus erzählt worden, danach sei es doch sehr verdächtig, dass Ministerpräsident Günther auf Böhnkes Hochzeit gewesen sei. Wir haben in den Wochen im Landesfunkhaus immer wieder erlebt, dass Gerüchte und Behauptungen über die Flure gingen, die einer ernsthaften Überprüfung nicht standhielten.

Der Sachverhalt war nach unserer Recherche so: Stefan Böhnkes Hochzeit war im Mai 2015 im Familienkreis ohne Teilnahme von Politikern. Im September 2016 luden Böhnke und sein Ehemann Freunde, Kollegen und auch Politiker zu einer Feier ein. Ministerpräsident war damals Torsten Albig, der mit seiner Lebensgefährtin auch anwesend war. Auch Daniel Günther nahm teil, er war damals nicht Ministerpräsident und auch nicht Spitzenkandidat seiner Partei. Wolfgang Kubicki war auch anwesend. Ralf Stegner von der SPD war eingeladen, aber verhindert. Auch ein Landespolitiker der Grünen in Schleswig-Holstein war eingeladen.

Anhaltspunkte für eine problematische Einladungspolitik für dieses private Ereignis konnten wir nicht feststellen.

Böhnkes Ehemann ist FDP-Mitglied und kandidierte 2021 als unabhängiger Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Timmendorfer Strand. Stefan Böhnke nahm sich in den entscheidenden Wochen des Wahlkampfes Urlaub und informierte Norbert Lorentzen, dass er seinen Mann unterstützen wollte. Er berichtete nicht über die Kommunalwahlen in Timmendorfer Strand und sehe da keine problematische Kollision mit seiner Arbeit als landespolitischer Korrespondent. Lorentzen war einverstanden. Böhnke half seinem Ehemann, im Wahlkampf entstand auch das Foto, das ihn mit erhobenem Daumen am Wahlkampfstand zeigt. Böhnke selbst sagt heute, dass er sich so habe fotografieren lassen, sei unsensibel gewesen.

Wir kommen nach der Prüfung des Vorgangs zu dem Schluss, dass es bei diesem Sachverhalt nicht viel Verwertbares gibt. Man kann allerdings an diesem Beispiel sehen, dass auch vergleichsweise kleine Sachverhalte eine problematische Wirkung entfalten können. Wir empfehlen deshalb gerade den Kollegen aus der Landespolitik, auch den Anschein von zu großer Nähe zu vermeiden.

Wie stark die Debatte um den NDR inzwischen offenbar auch Politiker in Schleswig-Holstein beschäftigt, zeigt ein Vorfall, der sich am 22. und 23.9.2022 ereignete, also wenige Tage vor Niederschrift dieses Berichts. Stefan Böhnke wurde vom Oppositionsführer Thomas Losse-Müller (SPD) am 22.9.2022 kontaktiert mit der Bitte um ein Telefongespräch. Am 23.9.2022 kam es zu dem Telefonat. Herr Losse-Müller wollte von Herrn Böhnke

Hintergründe zu einem früheren Angebot von Daniel Günther erfahren, nach seinem ersten Wahlsieg 2017 dessen Pressesprecher zu werden. Er wollte zudem wissen, ob der NDR seine Compliance-Regeln für solche Fälle anpassen müsste. Uns gegenüber hat Thomas Losse-Müller dieses Telefonat bestätigt, räumte aber auch ein, dass er die Vorwürfe gegen Herrn Böhnke im Zusammenhang mit dem Angebot für das Pressesprecheramt nur vom Hörensagen kenne. Losse-Müller äußerte zudem, dass er im Wahlkampf durchaus eine Art Voreingenommenheit der politischen Redaktion im Landesfunkhaus der SPD gegenüber wahrgenommen habe. Das sei gegenüber der Funkhausleitung auch thematisiert worden. Der Umstand, dass der Oppositionsführer jetzt in dieser alten und in der landespolitischen Szene in Kiel bekannten Angelegenheit die Pressesprecheranfrage recherchiert, unterstreicht die große Aufmerksamkeit, die die Vorwürfe gerade auch in der Landespolitik finden.

Um diese Anfrage für das Amt des Pressesprechers ranken sich seit Wochen viele Gerüchte, in einigen Zeitungen stand, es habe eine Bewerbung um das Amt des Pressesprechers gegeben. Tatsächlich hat sich Stefan Böhnke nicht beworben, sondern wurde nach Daniel Günthers Wahlsieg 2017 von ihm angesprochen, ob er Regierungssprecher werden wollte. Er informierte sofort die Leitungsebene im Landesfunkhaus über die Anfrage, dort erhielt er die Rückmeldung, dass der NDR auch einem kurzfristigen Wechsel nicht im Wege stehen würde. Da Böhnke klar war, dass eine solche Entscheidung einen wahrscheinlich permanenten Abschied vom Journalismus bedeuten würde, entschied er sich gegen das Angebot und für den Verbleib in der landespolitischen Redaktion des NDR. Er nahm in Kauf, dass er dadurch wegen seines Verbleibs beim NDR auf eine höhere Vergütung, einen Anspruch auf eine bessere Altersversorgung und einen Dienstwagen mit

Fahrer verzichtete. Beim NDR wurde Böhnke nach Gründung des neuen Bereichs Politik und Recherche zu Beginn des Jahres 2017 der Abwesenheitsvertreter von Julia Stein. Auf dieses Ressort, in dem am Ende die jetzt presseöffentlich gewordenen Vorgänge Grote und DRK ihren Ursprung hatten sind, wollen wir jetzt etwas näher eingehen.

Die neue Struktur unter Julia Stein war als trimediales Vorzeigeprojekt von Fernsehen, Hörfunk und Online gedacht, die Zusammenlegung von investigativen und aktuellen Journalisten war aber wegen der unterschiedlichen journalistischen Herangehensweise von Beginn an nicht problemlos. Zudem schilderten uns Kolleginnen und Kollegen, dass es in der neuen Struktur schwieriger gewesen sei, Themen durchzubringen. Das sei früher, als Norbert Lorentzen den alten Recherchepool inhaltlich führte, anders gewesen. Das Bild, das die Mitglieder des Recherchepools zeichnen, ist nicht einheitlich. Einige loben Julia Stein als freundliche und kompetente Kollegin, andere beklagen Defizite in der journalistischen Bewertung und in der inhaltlichen Führung des Ressorts. Julia Stein sagte uns gegenüber, dass sie das so nicht wahrgenommen habe, sie habe immer intensiv mit den Autoren an den Themen gearbeitet. Auch Norbert Lorentzen lobte im Gespräch mit uns Julia Stein als herausragende Journalistin mit einer ungewöhnlich hohen Belastbarkeit.

Zu dem grundsätzlichen Konflikt zwischen aktuellen und investigativen Journalisten sagte Julia Stein, dass das natürlich im Grundsatz nachvollziehbar sei, dass eine solche Struktur aber funktionieren könne, wenn sich alle gegenseitig vertrauten. Das ist nach unserer Recherche aber offenbar bis heute nicht bei allen in einem ausreichenden Maß der Fall. Nach den Gesprächen mit nahezu allen Mitgliedern des Ressorts hatten wir den

Eindruck, dass das Vertrauen untereinander und auch zur Leiterin zumindest bei einem Teil der Gruppe nicht ausreichend war. Einige Mitglieder haben uns Abnahmesituationen geschildert, die sie als verstörend empfanden. Es sei häufiger so gewesen, schildert eine Kollegin, dass ein Beitrag mit Julia Stein genau abgesprochen worden war und genauso produziert worden sei. Dann sei Norbert Lorentzen zur Abnahme dazu gekommen, das war über lange Zeit üblich bei Abnahmen des Ressorts. Dort habe Lorentzen dann deutliche Kritik geübt und Julia Stein habe sich zu ihrer Überraschung dieser Kritik angeschlossen. Wörtlich sagte die Kollegin: „Als wir dann in der Abnahme waren, sagte Norbert: „Das geht so nicht!“ und Julia hat sich ihm angeschlossen. Wir haben uns echt verraten gefühlt, das hat uns sehr verunsichert, wir konnten uns nicht darauf verlassen, dass sie dazu steht, was sie mit uns besprochen hat. Ich erinnere das so gut, weil das meine erste Erfahrung dieser Art war. Das macht ja was mit dem Vertrauen, wenn man solche Erfahrungen gemacht hat.“ Ein anderer Kollege aus dem Ressort äußert eine ähnliche Erfahrung: „Wenn Norbert Lorentzen Kritik äußerte, wechselte sie die Seiten, vorher hatte sie noch das Gegenteil gewollt.“

Julia Stein hat einen anderen Eindruck von ihrer Arbeit im Ressort:

„Generell kann ich aber ausschließen, plötzlich und grundlos eine Position gewechselt zu haben. Ich bin aber immer beweglich und unvoreingenommen im Kopf, wenn es neue Erkenntnisse oder andere Wahrnehmungen von Bildern oder Sachverhalten gibt als meine. Da bin ich auch hierarchiefrei – das heißt auch wenn Autoren mit neuen Erkenntnissen oder Einwänden zu mir kommen, kann ich kurzfristig meine Position gemeinsam mit Ihnen überarbeiten, ich klebe nicht an Thesen. Norbert Lorentzen und ich haben häufig ähnliche Einschätzungen, aber ich habe regelmäßig auch andere Sichtweisen eingebracht und mich dafür eingesetzt. Am Ende war er aber

natürlich mein Vorgesetzter und hat diese Rolle auch ausgefüllt. Er hatte mehr Gewicht - auch in Abnahmen beim Recherchepool, wo die Autoren sehr auf ihn geachtet haben. Zudem: Wenn zwei Redakteure einen Film abnehmen oder betreuen, kann man diskutieren - was wir auch getan haben - am Ende kann es aber nur eine Entscheidung geben.“

Und zu ihrer Arbeit in ihrer Redaktion schreibt Julia Stein:

„Ich möchte beurteilt werden im Zusammenhang mit meiner tatsächlichen Verantwortung und der Aufgabe, die mir übertragen wurde. Und nicht mit einer pauschalen Zuschreibung, die gegenwärtig im Gefecht vorgenommen wird. Als Abteilungsleiterin für Politik und Recherche/Investigation leite ich ein kleines Team sehr unterschiedlicher Kolleg*innen, welches aus meiner Sicht vertrauensvoll, einander inspirierend und mit gegenseitigem Respekt zusammenarbeitet. Ich habe die disziplinarische Verantwortung für vier Redakteur*innen, zwei Sekretärinnen in Teilzeit sowie etwa sechs freie Mitarbeiter*innen. Alle versammeln sich hinter dem Ziel: relevante Themen und Recherchen möglichst trimedial und verständlich ins Programm zu bringen sowie die landespolitische Aktualität sachlich, kritisch und interessant abzubilden und einzuordnen.“

Welche Darstellung zu den Konflikten in den Abnahmesituationen näher an den tatsächlichen Ereignissen ist, lässt sich im Nachhinein nicht mehr feststellen. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen sind aber nach unserer Bewertung keine gute Basis für vertrauensvolle Zusammenarbeit, gerade in einem so wichtigen Ressort wie Politik und Recherche. Letztlich gab es hier offenbar keine ausreichende Vertrauensgrundlage. Wenn das Landesfunkhaus auch weiterhin Wert auf eine Einheit investigativ

recherchierender Journalisten legt, wird man diesen Bereich neu aufbauen müssen. Wir empfehlen, das zu tun, die Hintergrundstücke aus dem Ressort waren in der Vergangenheit ein Markenzeichen des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein.

4. Der Konflikt um das frühere Mitglied des Recherchepools Patrik Baab und seine Folgen

Vor der Einrichtung des neuen trimedialen Ressorts „Politik und Recherche“ im Jahr 2017 gab es im Landesfunkhaus bereits einen Recherchepool, in dem Patrik Baab einer der festangestellten „Lotsen“ war, der investigative Recherchen von Kolleginnen und Kollegen in die verschiedenen Ausspielwege steuerte und auch eigene Recherchen und Beiträge produzierte. Übereinstimmend schildern die Kollegen, dass Baab schon vor ihrem Wechsel von Hamburg nach Kiel in der Redaktion schlecht über Julia Stein gesprochen habe. Beide kannten sich aus einer gemeinsamen Zeit in einer Hamburger Redaktion des NDR. Dieses Verhalten von Baab hat den Start der neuen Leiterin in Kiel sehr erschwert, sie schildert selbst, wie schwierig die Atmosphäre für lange Zeit in ihrem neuen Bereich im Landesfunkhaus war.

2017, im Jahr der Gründung der neuen Abteilung „Politik und Recherche“ unter der Leitung von Julia Stein wurde Baab vom Direktor des Landesfunkhauses Volker Thormählen zu einem Gespräch gebeten. Anlass war ein Anruf des damaligen Landespolizeidirektors Ralf Höhs, der sich bei Thormählen über eine seiner Meinung nach unausgewogene und unfaire Berichterstattung in der sogenannten Rockeraffäre beklagte, einem

polizeiinternen Konflikt, der später in einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im schleswig-holsteinischen Landtag mündete. Thormählen betont uns gegenüber, bei dem Gespräch mit Baab sei es seinerzeit nicht um eine problematische Einflussnahme auf die Berichterstattung gegangen. Vielmehr habe er die Einwände der Polizei dem Autoren und der Redaktion zur Kenntnis bringen wollen. Bei dem Gespräch waren ebenfalls Norbert Lorentzen und Julia Stein anwesend. Rund zwei Jahre später griff Patrik Baab den Direktor am 5.2.2019 bei einer Redaktionskonferenz scharf an, warf ihm unter Bezugnahme auf diesen Vorfall sinngemäß Behinderung oder Verhinderung einer Recherche vor. Der genaue Wortlaut konnte auch später vor Gericht nicht ermittelt werden, Baab räumte aber den schweren Angriff auf Thormählen ein. Der NDR reagierte mit einer Abmahnung, gegen die sich Baab gerichtlich zur Wehr setzte. Das Verfahren endete in einer außergerichtlichen Mediation, Patrik Baab widerrief seine Anschuldigungen, er verpflichtete sich auch, sie nicht mehr zu wiederholen. Später wurde Baab in einen anderen Bereich im Landesfunkaus versetzt. Der NDR nahm die Abmahnung zurück.

Der Konflikt hatte massive Auswirkungen auf die Stimmungslage im Ressort Politik und Recherche und darüber hinaus. Dazu kam es auch, weil nach unserer Einschätzung wichtige Schritte zur Befriedung oder auch zur erläuternden Information der Redaktion nicht oder nur unzureichend unternommen wurden. Dafür hätte es unserer Auffassung nach gute Gelegenheiten gegeben, die nicht genutzt wurden. Unmittelbar nach dem scharfen Angriff auf Thormählen war Baab zerknirscht über das eigene Verhalten, wurde nach übereinstimmenden Angaben der Redaktionsmitglieder für sein Verhalten hart kritisiert. Die Kollegen empfanden sein Verhalten als unangemessen und überzogen. Auch Carsten

Janz kritisierte Baab. In der Redaktion wurde über den Vorfall gesprochen, der Fernsehchef und auch der Direktor unternahmen aber keinen Versuch, den schweren Vorfall gemeinsam mit der Redaktion zu besprechen und gemeinsam nach Wegen einer Lösung zu suchen. Baab äußerte am 19.2.2019 schriftlich gegenüber dem NDR sein Bedauern: „Sollte der Eindruck entstanden sein, ich hätte Herrn Thormählen zu nahe treten wollen, so bin ich gerne bereit, ihn in geeigneter Weise um Verzeihung zu bitten. Ebenso bin ich bereit, mich in geeigneter Weise redaktions-öffentlich zu erklären, so dass alle damals anwesenden Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis nehmen können, dass weder ein Angriff auf den Direktor noch eine persönliche Beleidigung beabsichtigt war.“

Trotzdem entschloss sich der NDR zur Abmahnung, die in das arbeitsgerichtliche Verfahren mündete. Volker Thormählen erklärte die Tatsache, dass er auch nach Beginn der gerichtlichen Auseinandersetzung keine Informationsveranstaltung mit der Redaktion unternahm mit dem Umstand, dass er Betroffener des Verfahrens, aber nicht der Betreiber war. Er habe sich deshalb nicht in der Lage gesehen, in dem laufenden Verfahren über Einzelheiten zu sprechen. Aus heutiger Sicht sei es aber nachvollziehbar, dass eine bessere Erläuterung und Einbindung der Redaktion besser gewesen wäre.

Zur Vorbereitung der gerichtlichen Auseinandersetzung wurden die Kolleginnen und Kollegen, Feste wie Freie, in den Tagen nach dem Zusammenstoß zwischen Baab und Thormählen zu Einzelgesprächen eingeladen, die Fernsehchef Norbert Lorentzen und die Verwaltungsleiterin des Landesfunkhauses führten. Diese Gespräche wurden von den

Teilnehmern uns gegenüber als sehr bedrückend geschildert, viele der Kolleginnen und Kollegen beschrieben es in ihren eigenen Worten als Verhörsituation, bei der sie einen Kollegen belasten sollten. Die Erinnerungen an diese Gespräche sind bei den Kollegen bis heute sehr lebendig und sehr belastend. Und sie wirken stark bis heute im Funkhaus nach.

Auch nach der Einigung im Mediationsverfahren gab es keine eigens einberufene Redaktionskonferenz unter Teilnahme von Norbert Lorentzen und Volker Thormählen, in der der NDR seine Position und das Ergebnis hätte erläutern können. Das halten wir für ein insbesondere für die Stimmung im Landesfunkhaus folgenreiches Versäumnis. Bei der Einigung in der Mediation musste sich Patrik Baab verpflichten, seine Zurücknahme der Vorwürfe (versehen mit erläuternden Bemerkungen) auch öffentlich in geeigneter Form im NDR, z.B. in einer Redaktionskonferenz zu wiederholen. Gedacht ist dieses Verfahren zur Befriedung des Konflikts und zur Information der unmittelbar Betroffenen. Von diesem Recht auf öffentliche Einordnung seines Verhaltens durch Baab selbst hat der NDR bis heute nicht Gebrauch gemacht. Wir können das nur so werten, dass der NDR die Angelegenheit möglichst schnell beenden wollte. Für die Stimmung im Bereich „Politik und Recherche“ war das aber sehr abträglich. Es ist nach unserer Bewertung ein durchaus typischer Vorgang für die Art und Weise, wie Konflikte im Landesfunkhaus zumindest im Fernsehbereich behandelt wurden: wenig Information, wenig Einbindung der Kolleginnen und Kollegen, kaum erkennbare Bereitschaft, die eigene Position in Gesprächen oder Konferenzen kritisch zu hinterfragen. Diese sehr hierarchische Herangehensweise in diesem, aber auch in anderen Fällen, ist nach unserer Einschätzung die wesentliche Ursache für die schweren Verstimmungen im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein.

Der Copsoq-Prozess im Jahr 2018/2019 ist ein weiteres Beispiel für misslungene Konfliktlösungen im Fernsbereich des Funkhauses. Was als wissenschaftlicher Prozess gedacht war, um psychische Belastungen am Arbeitsplatz zu reduzieren und Arbeitszufriedenheit zu erhöhen, also erstmal Hoffnungen weckte, endete im Fernsbereich nach Angaben von Redaktionsmitgliedern in weiterer Frustration.

Was war passiert? Die wissenschaftlich fundierte Umfrage ergab im Fernsbereich schlechte Werte für die Führungsqualität und die Wertschätzung. Auffällig war ein höherer Wert beim Punkt „Ungerechte Behandlung“. Damit gab es Zahlenwerte für den Zustand der Redaktion und dort eine Hoffnung: „Wir hatten gedacht, vielleicht macht es Norbert Lorentzen ja demütig“, sagt ein Redaktionsmitglied, „aber das passierte nicht“.

Ein Jahr nach den Ergebnissen ergab eine Umfrage des Personalrates in der Redaktion, dass sich an den Verhältnissen in der Abteilung von Norbert Lorentzen praktisch nichts verbessert hatte. Die einzige Veränderung sei gewesen, dass in Redaktionskonferenzen seitdem nicht mehr von Kritik, sondern von Feedback die Rede war. „Copsoq war ein Frustwendepunkt“, sagte uns ein Redaktionsmitglied. Der Prozess zur Verbesserung der psychosozialen Lage gilt bei vielen im Fernsbereich des Funkhauses als Beleg, dass Führungskräfte im Haus nichts an den problematischen Zuständen verändern wollen. An diesem Punkt wird auch auf den Funkhausdirektor verwiesen, spätestens zu diesem Zeitpunkt musste Volker Thormälen wissen, dass das Klima im Fernsbereich schlecht ist.

Mit Copsoq wurde nach unserer Einschätzung nicht nur eine Chance verpasst, sondern das ohnehin schwierige Arbeitsklima noch weiter verschlechtert. Es war vielleicht deshalb auch kein Zufall, dass der Eklat um den Angriff von Patrik Baab auf den Direktor ausgerechnet in einer Konferenz erfolgte, in der es um die schlechten Ergebnisse von Copsoq im Bereich „Politik und Recherche“ ging. Der Copsoq-Prozess endete statt in einer Wende zu mehr Nähe und Transparenz in einem schweren Konflikt und einer arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung mit einem im Haus sehr gut vernetzten Kollegen.

5. Gibt es ein „Klima der Angst“ im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein?

Unsere Aufarbeitung fand vor allem im Fernsbereich des Funkhauses statt, aus diesem Bereich meldeten sich der weit überwiegende Teil der Kolleginnen und Kollegen. Hier spielen offenbar lang schwelende Konflikte eine große Rolle. Der Bereich ist stark geprägt vom jetzigen Chefredakteur Norbert Lorentzen, der 2007 als Fernsehchef nach Kiel kam und den Bereich in dieser Funktion bis Ende 2021 gesteuert hat. Unter ihm wurde das Schleswig-Holstein-Magazin zu einem äußerst erfolgreichen Regionalmagazin mit klarer Handschrift, was auch viele Kollegen, die seinen Führungsstil kritisiert haben, immer wieder unterstrichen. Was seine fachliche Kompetenz angeht, ist Lorentzen in der Redaktion absolut unumstritten. Wie Lorentzen Filme analysieren kann, wie er Schwächen in Beiträgen erkennt, wird als herausragend beschrieben. Er gilt als meinungs- und willensstark, faktensicher, sein Gedächtnis sei, so Kollegen uns gegenüber, bemerkenswert.

Viele haben das als inhaltliche Überlegenheit wahrgenommen und häufig auch akzeptiert. Die Diskussionskultur ist nach Angaben vieler Redaktionsmitglieder von Schärfe und Überlegenheit geprägt, Widerspruch kostete offenbar Kraft. „Deshalb haben viele in den Konferenzen nicht mehr diskutiert, man will sich ja nicht jedes Mal als Futter für Norbert hinschmeißen. , sagt ein langjähriges Redaktionsmitglied. Lorentzen ist stets bestens vorbereitet, bestimmt die Debatten, legt Wert darauf, das letzte Wort zu haben, was er will, wird in der Regel gemacht. „In Konferenzen hat er jederzeit klargelegt, dass seine Analyse die fundierteste ist , sagt ein Kollege, „und oft war sie das aber auch . Es klingt vielleicht erst einmal nicht ungewöhnlich, dass am Ende einer Konferenz der Leiter die Richtung klarmacht. Aber es gibt Auffälligkeiten auch in der Sprache der Redaktionsmitglieder und freien Mitarbeiter: Bei Gesprächen untereinander in Abwesenheit von Norbert Lorentzen bedeutet der Satz „Der Chef will das so“ häufig das Ende der Diskussion.

Wenn von Angst die Rede ist, kommt die Sprache häufig auf die Kritikkultur. Eine Kollegin schilderte es so: „Es war wie früher im Circus bei den Gladiatoren, man hat immer auf den Moment gewartet, geht der Daumen hoch oder runter.“ Nicht wenige in der Redaktion wurden von dem scharfen, konfrontativen Umgang Lorentzens in diesen Sitzungen abgeschreckt, es gibt zahlreiche Berichte, in denen sein Stil als kalt und überzogen bezeichnet wird. Wertschätzung nehmen viele kaum wahr, Lob wurde offenbar eher selten verteilt, eine Kollegin beschrieb es so: „Wirst du nicht erwähnt, war dein Beitrag gut . Ein Stil, der auch bei einigen Konsequenzen hatte: „Irgendwann hab ich beschlossen, nicht mehr hinzugehen. Wenn es dir deinen Seelenfrieden kostet, ist es zu viel.“

Es gibt aber auch Mitarbeiter, die Lorenzens Sendungskritik als „präzise, hart und kühl“ beschreiben oder auch nur als „journalistisch korrekt“. Eine Kollegin sagte uns: „Er war immer konstruktiv, er war fair, schließlich ist das hier kein Kindergarten und keine Ersatzfamilie“. Ein weiterer Kollege äußerte: „Norbert Lorentzen ist sicher kein herausragend emotionaler Mensch, der permanent damit beschäftigt ist, alle in den Arm zu nehmen, aber er ist fair, man kann sich darauf verlassen, was er sagt, er lobt gute Arbeit und wenn er weniger gute Arbeit kritisiert, hatte das nach meiner Erfahrung immer einen Grund.“

Einzelgespräche in Lorentzens Büro haben bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleibende Wirkung hinterlassen. So gibt es die glaubhafte Schilderung einer Kollegin, die von einem tribunalhaften Verhör spricht, nachdem ihr bei der Vorbereitung einer Live-Sendung ein schwerer Recherchefehler unterlaufen war. Der Fehler war bereits in der Frühkonferenz deutlich kritisiert worden, doch tags darauf erhielt sie noch eine Einladung zu einem Gespräch: Norbert Lorentzen und zwei weitere männliche Führungskräfte erwarteten sie. Ihre Schilderung: das Gespräch sei ein Tribunal gewesen, 30 Minuten lang sei immer wieder die Frage gestellt worden, „Warum?“, „Wie konnte das passieren?“. Für die Redakteurin war dieses Erlebnis nach eigenen Angaben so belastend, dass sie es fünf Jahre nicht schaffte, im Kolleginnenkreis darüber zu sprechen. Sie sagte uns, wir seien die ersten, die davon jetzt erfahren und brach während der Schilderung in Tränen aus. Wir haben Norbert Lorentzen mit der Schilderung konfrontiert, ohne den Namen der Kollegin zu nennen, er konnte sich nicht an ein solches Gespräch erinnern.

Im redaktionellen Alltag war es offenbar keine Selbstverständlichkeit, das Chefbüro aufzusuchen, selbst für gestandene Redakteure, die täglich mit Lorentzen arbeiteten, war es manchmal ein Kraftakt. Einer schildert: „Das Unwohlsein ist der Begleiter, wenn ich durch diese Tür gehe, ich hab da dreimal durchgeatmet, bevor ich da rein bin.“ Oder ein anderer Kollege: „Das fühlte sich jedes Mal an wie früher der Gang zum Schuldirektor.“ Eine Kollegin „zittert jedes Mal, wenn sie einen Termin hat , obwohl sie nach eigener Einschätzung bei Lorentzen „auf der Sonnenseite“ stehe.

Wir haben Norbert Lorentzen diese massiven Sichtweisen seiner Kritikkultur vorgehalten, er war sichtlich betroffen und hat uns dazu eine persönliche Erklärung abgegeben:

„Ich habe mich in meiner gesamten Tätigkeit in Kiel, insbesondere in meiner Zeit als Fernsehchef, immer an dem Ziel orientiert, das Programm besser zu machen, das Schleswig-Holstein Magazin zur Informationsquelle Nummer eins im Lande werden zu lassen. Grundlage dieser Arbeit war immer eine sachlich fundierte Kritik an Sendungen und Beiträgen, nicht an KollegInnen. Deshalb hatte meine Kritik für die MitarbeiterInnen auch keine Konsequenzen. Es tut mir leid, wenn AutorInnen dies mitunter als besonders hart empfunden haben und es bei ihnen Angstgefühle ausgelöst haben sollte. Das war nie meine Absicht. Aber daran allein kann man meine Arbeit für das Landesfunkhaus nicht bemessen. Der Fernsehbereich hat sich in den letzten 14 Jahren äußerst erfolgreich - trotz schwieriger werdender Rahmenbedingungen - entwickelt. Dies ist sicherlich der hohen Motivation der MitarbeiterInnen zu verdanken, aber es hat auch etwas mit meiner Arbeit zu tun.

An keiner Stelle habe ich einen redaktionell-politischen Einfluss ausgeübt.

Norbert Lorentzen

Manche dieser Schilderungen aus der Redaktion beziehen sich auf Vorgänge der letzten Jahre, auch auf die Zeit von Lorentzen als Fernsehchef. Nach unserem Eindruck haben zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber verletzende Erfahrungen gemacht, die wenig verheilt sind. Zu viele tragen eine Geschichte mit sich herum.

Ausweglosigkeit und Vereinzelung sind Gefühle, die in diesem Zusammenhang uns gegenüber immer wieder geäußert wurden, insbesondere bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Die Angst, dass ein Konflikt sich auf die berufliche Existenz auswirkt, ist spürbar im Haus bei Freien Mitarbeitern und befristet Angestellten.

Die Ausweglosigkeit wurde von mehreren auch mit dem zumindest empfundenen Fehlen einer Anlaufstelle für Probleme beschrieben. Danach gab es in der Fernsehredaktion keine starke Persönlichkeit, der zugetraut wurde, Norbert Lorentzen zu erreichen und zu Verhaltensänderungen zu bringen. Auf mehrere Nachfragen unsererseits, dass man doch mit schweren Problemen, auch mit Konflikten mit Norbert Lorentzen, zu Direktor Thormählen hätte gehen können, ernteten wir bei diesen Kolleginnen und Kollegen durchgehend Kopfschütteln und Verständnislosigkeit, als sei diese Frage völlig absurd. Den in der Arbeitsweise des NDR angelegten Weg, bei Konflikten von Tragweite zum nächst höheren Vorgesetzten zu gehen, sahen diese Kollegen als versperrt an. Auf Nachfrage äußerten sie, das sei keine

Option, sobald sie das täten und Norbert Lorentzen davon erführe, würde das nach ihrer Befürchtung Konsequenzen nach sich ziehen. Ob das eine realistische Einschätzung war oder nur eine unbegründete Sorge, ließ sich nicht feststellen. Sowohl Norbert Lorentzen als auch Volker Thormählen waren beim Vorhalt dieser Schilderungen sichtlich betroffen, Norbert Lorentzen hat auch erklärt, dass Kritik nie persönliche Konsequenzen für die Betroffenen nach sich gezogen hätte. Der Funkhausdirektor sagte uns, dieses Ausmaß an Angst im Landesfunkhaus habe ihn nie erreicht. Er kommuniziere gewaltfrei, habe auch bei den Kennenlern-Gesprächen mit neuen Mitarbeitern immer gesagt, dass sie mit Problemen zu ihm kommen könnten. Wir empfehlen vor dem Hintergrund dieser extrem unterschiedlichen Wahrnehmungen, die Struktur der Konfliktbearbeitung im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, eventuell neue Mechanismen des Austauschs bei Problemlagen zu etablieren und unbedingt im NDR bewährte Instrumente der Konfliktbearbeitung wieder in Kraft zu setzen bzw. in Erinnerung zu rufen.

6. Analyse der Probleme und der Blick nach vorne: Welche redaktionellen Reformen sind nötig?

Die Situation im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein eskalierte durch das Bekanntwerden des Falls Grote und die Weitergabe interner Dokumente. Der Fall selbst war in seiner Bedeutung kaum geeignet, solche schweren Verwerfungen zu verursachen, wie wir sie jetzt in Kiel erleben. Zu der Eskalation kam es nach unserer Einschätzung, weil es zu viele ungelöste Probleme im Fernsbereich gab und zu viele Kolleginnen und Kollegen, deren Zutrauen in die Führung geschwunden war.

Die Führungsstruktur im Landesfunkhaus war sehr hierarchisch, es wurde wenig diskutiert oder erklärt. Klassische Mechanismen redaktioneller Selbstkontrolle waren durch die spezielle Situation in Kiel de facto außer Kraft gesetzt.

Vor diesem Hintergrund geben wir folgende Empfehlungen:

- Die Redaktion muss breiter als bisher an den Entscheidungen beteiligt und über Einzelheiten informiert werden.

- Inhaltliche Kritik ist notwendig und muss manchmal auch deutlich ausfallen, damit jeder versteht, was gemeint ist. Aber Vorgesetzte müssen im Blick haben, wie Kritik ankommt, ob sie persönlich genommen wird, auch wenn sie vielleicht nicht so gemeint war.

- Im NDR etablierte Strukturen der Konfliktbewältigung müssen in Kiel wieder in Kraft gesetzt werden. Dafür braucht es von der Funkhausspitze bis in die Redaktionen ein Bewusstsein, dass es jederzeit möglich ist, mit Problemen auch eine Hierarchiestufe weiter nach oben zu gehen. Vorgesetzte müssen ausstrahlen und kommunizieren, dass sie damit kein Problem haben und ein solches Vorgehen nicht als Infragestellung werten.

- Der gesamte NDR muss helfen, die Lage im Landesfunkhaus zu stabilisieren. Auch die Geschäftsleitung muss weiter genau beobachten, wie die Lage in Kiel ist und ob eine Stabilisierung eintritt. Es muss genauer als bisher hingeschaut werden, ob Führungsgrundsätze im NDR

eingehalten werden, in allen Bereichen des NDR und auch in den Landesfunkhäusern.

- Es braucht künftig auch im NDR eine intensivere inhaltliche Befassung mit Konflikten. Wenn interne Untersuchungsberichte so deutlich wie im vorliegenden Fall Grote eine ungelöste Problemlage enthalten, muss das ernst genommen werden als bisher. Daraus müssen sich weitere Bearbeitungen ableiten, damit Betroffene sehen, dass der Konflikt ernst genommen und an seiner Lösung gearbeitet wird.